

STARK FÜR UNS

Die TVöD Tarifrunde 2025

Fast 260.000 Beschäftigte, darunter auch viele Mitarbeiter*innen der Diakonie, haben im Frühjahr 2024 bei der großen Arbeitszeitumfrage der Gewerkschaft ver.di mitgemacht. Die Ergebnisse haben eine hohe Belastung der Beschäftigten insbesondere in Wechselschicht- und Schichtbetrieben gezeigt. In Betrieben in denen zu unregelmäßigen Zeiten, in der Nacht oder an Wochenenden, mit Bereitschafts- oder Rufbereitschaftsdiensten gearbeitet wird, ist die Belastung besonders hoch.

Zwei Drittel der Beschäftigten haben angegeben, dass sie sich nach der Arbeit ausgebrannt fühlen und sich nicht mehr gut erholen können und unter den jetzigen Bedingungen befürchten, nicht ohne Einschränkungen das Rentenalter zu erreichen.

Die Rückmeldungen der Befragung sind in die Forderungen der Tarifrunde eingeflossen. Wir fordern nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Zeit.

Die Forderungen betreffen uns als Diakoniebeschäftigte, denn die Tarifergebnisse im TVöD fließen direkt in unsere AVR-Württemberg. Auch die Ergebnisse der AVR-DD orientieren sich an der Höhe der Abschlüsse.

Mehr Geld

Wir brauchen mehr Geld, insgesamt acht Prozent, mindestens aber 350 Euro und wir brauchen für Kolleg*innen die in Schicht oder nachts arbeiten eine deutliche Erhöhung der Zuschlüsse.

Mehr Zeit

Drei zusätzliche freie Tage und einen zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder. Mit einem Meine-Zeit-Konto mehr Flexibilität, um unterschiedlichen Bedürfnissen und Wünschen nach Freiräumen gerecht zu werden.

Altersteilzeit

Wir brauchen eine neue und attraktive Altersteilzeitregelung, die sich auch Beschäftigte der unteren Entgeltgruppen leisten können.

200 Euro mehr für Azubis

und die unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

WIE GEHT ES WEITER? DIE VERHANDLUNGSTERMINE:

24. Januar 2025 Erste Verhandlungsrunde

17. –18. Februar 2025 Zweite Verhandlungsrunde

14. –16. März 2025 Dritte Verhandlungsrunde



Stark durch Beteiligung

Ergebnisse der ver.di Arbeitszeitbefragung



Bei der großen Arbeitszeitbefragung haben fast die Hälfte der Beschäftigten angegeben, dass es nicht oder nur in geringem Maße gelingt die Mehrarbeit durch Freizeit auszugleichen. Überdurchschnittlich oft verzichten Pflegekräfte und Beschäftigte in der sozialen Arbeit auf ihre Pausen, um das Arbeitspensum zu schaffen. Über die Hälfte der Befragten gehen da-

von aus, dass sie unter den gegebenen Bedingungen nicht ohne Einschränkungen bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können. 63,9 Prozent geben an, dass es in größerem Umfang unbesetzte Stellen in ihrem Arbeitsbereich gibt. Dies erhöht den Druck auf die verbliebenen Beschäftigten und führt zu einer sehr hohen Beanspruchung. Die Auswirkungen der Arbeitsbelas-

tung haben auch Auswirkungen auf Gesundheit und Erholungsphasen der Beschäftigten.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus der breiten Arbeitszeitbefragung wurden in den verschiedenen Arbeitsbereichen diskutiert und sind in die Forderungen der Tarifrunde eingeflossen. Für die im Schichtdienst arbeitenden Kolleg*innen im Gesundheits- und Sozialwesen fordern wir eine deutliche Erhöhung der Zeitzuschläge und Wechsel- bzw. Schichtzulage und eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitszeit, wenn innerhalb des Bereitschaftsdiensts gearbeitet wird.

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, soll es ein „Meine-Zeit-Konto“ geben. Den Beschäftigten soll mit diesem Konto die Möglichkeit gegeben werden, Entgelt erhöhungen, Sonderzahlungen und Zuschläge zu buchen und selbst darüber zu entscheiden, ob das Guthaben ausgezahlt, die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt oder zusätzliche freie Tage genommen werden sollen. Die diakonischen Beschäftigten haben das Ende der Regelung zur flexiblen Altersteilzeit sehr bedauert. Eine der Tarifforderungen ist eine neue attraktive Altersteilzeitregelung. Dies ist eine wichtige Forderung insbesondere für Berufsgruppen mit besonders belastenden Tätigkeiten, beispielsweise Schichtarbeit oder mit körperlich- oder psychisch anstrengenden Arbeiten.

Zu den Forderungen im Einzelnen:



UNSTOPPBAR - die neue Tarifkampagne der ver.di-Jugend

Stark für eine gute und gerechte Ausbildung

Die ver.di Jugend hat eine neue Tarifkampagne. Denn Ausbildung ist in Zeiten des Fachkräftemangels ein wichtiger Hebel. Trotzdem gibt es auch während der Ausbildung Dinge, die nerven: unbezahlte Mehrarbeit, Personalmangel, Einspringen und anderes. Auszubildende erleben das und fordern eine gute und gerechte Ausbildung. Im September hat die Kampagne bereits begonnen und jetzt ist sie auch für den TVöD2025 am Start. Die Forderungen im Bereich Ausbildung und Studium sind die Erhöhung der monatlichen Ausbildungs- und Studienvergütung um 200 €, eine

unbefristete Übernahme in Vollzeit im erlernten Beruf und drei zusätzliche freie Tage sowie einen weiteren freien Tag extra für Gewerkschaftsmitglieder. Die Auszubildenden sind also aufgerufen sich aktiv in die aktuelle Tarifrunde mit einzubringen. Aktuell kann das über den Stärketest passieren. Es geht darum, den Arbeitgeber zu zeigen, dass die Auszubildenden hinter den Forderungen stehen. Dazu sollen beispielsweise bei Aktionen und Versammlungen Fotos mit einem „UNSTOPPBAR-Kampagnenbanner“ gemacht werden. Am Besten die JAV als Interessensver-

tretung der Auszubildenden oder die MAV anfragen.

Diese können dann mit den Jugendsekretär*innen von Ver.di Kontakt aufnehmen und alles Weitere planen. Im Februar nach den Verhandlungen folgen dann ggf. zusätzliche Aktionen.

Die Kampagnenseite Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen 2025 – www.UNSTOPPBAR.de informiert dazu weiter. Bleibt auf dem Laufenden - wir sind unstoppbar!



OMG - wen soll ich wählen?

Nach Weihnachten: Eine Bundestagswahl steht vor der Tür. Und zwar am 23.2.2025. Das ist jetzt erst mal nichts dramatisches. Wahlen kommen und gehen - und nach der Wahl ist vor der Wahl usw. und so fort. Aber dieses Mal ist es insofern besonders, weil es ja eine vorgezogene Wahl sein wird. Wie in unserem politischen System üblich, wird es einen Wahlkampf geben, Koalitionsverhandlungen und dann in einem Koalitionsvertrag die politischen Themen und Projekte, die angegangen werden sollen. Und weil das dieses Mal etwas plötzlich kommt, brauchen wir uns alle dafür, dass die für uns wichtigen Themen in die politischen Diskussionen einfließen können. Politik ist erst mal eigentlich alles. Es gibt sozusagen kein nicht-politisches Handeln. Deshalb kann auch jede und jeder von uns dabei mitmachen. Sei es im ganz kleinen: bei Diskussionen in unserem Bekanntenkreis und auf der Arbeit, aber auch im ganz alltäglichen Handeln. Oder im etwas Größeren: in unseren ehrenamtlichen Aktivitäten, wenn wir Petitionen oder Unterschriftenlisten unterstützen oder wenn wir uns in Veranstaltungen und Demonstrationen positionieren. Das sind jetzt nur ein paar Beispiele, aber es soll zeigen, dass wir uns politisch einbringen können.

Gleichzeitig arbeiten wir in einem Arbeitsbereich, der sehr stark von unserem Sozialstaat geprägt ist. Und wir arbeiten mit Klient*innen, die in unserer Gesellschaft Pflege, Bildung und Teilhabe gesichert bekommen müssen. Diese Menschen sind uns wichtig. Wir wollen sie in Ihren Belangen unterstützen. Deshalb sollten wir in unseren politischen Diskussionen für diese Personen einstehen und Ihre Belange immer wieder deutlich machen. Wir brauchen einen funktionierenden Sozialstaat und das sollten wir immer wieder in die Gespräche einbringen. Und: hier sind wir Expert*innen. Wir kennen die Belange unserer Klient*innen und deren Lebenswelt. Wir wissen mit welchen Herausforderungen sie zu kämpfen haben. Wir können darüber sprechen, weil wir konkrete Erfahrungen damit haben.

Wir sollten unbedingt dafür Sorge tragen, dass diese Themen berücksichtigt werden. Ein funktionierender Sozialstaat ist für uns alle wichtig. Diesen zu schützen und für ihn einzustehen sollte unsere Aufgabe sein.

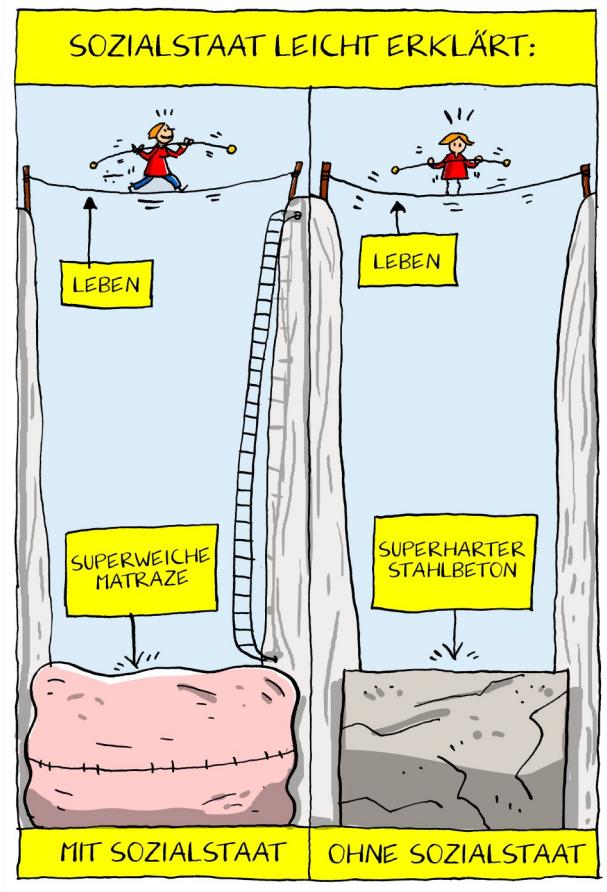
Die Sache mit dem Sozialstaat ...

Stark für einen gesunden Sozialstaat

„Investitionen in den Sozialstaat sind Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft unserer Demokratie. Sie sichern nachhaltig den sozialen Frieden und zahlen sich ökonomisch aus, weil sie künftige Mehrkosten verhindern. Gerade in Zeiten vielfältigen Wandels braucht es kluge Investitionen, um allen Menschen eine soziale Teilhabe zu ermöglichen“. Mit diesen Worten appellierte die

Diakonie Deutschland an die Koalitionsparteien, ihr Fortschrittsversprechen ernst zu nehmen und einen Bundeshaushalt zu verabschieden, der eine stabile Basis für gute wirtschaftliche **und** gesellschaftliche Weiterentwicklung schafft. „Nur wer in den Sozialstaat investiert, fördert den Zusammenhalt, den wir brauchen, um die großen Herausforderungen zu bewältigen“.

Bereits am 23. Februar 2025 wird nun in Deutschland die neue Bundesregierung gewählt. Dabei geht es auch um die Frage, wie unser Staat und damit unserer Gesellschaft künftig funktionieren soll. Gerade wir, die wir in sozialen, steuerfinanzierten Berufen arbeiten, müssen eine Regierung wählen, die auch das soziale Wachstum im Blick hat. Es wird seit einiger Zeit auf allen Ebenen darüber diskutiert, ob wir uns die sozialen Errungenschaften in Deutschland noch leisten können beziehungsweise leisten wollen. Dabei wird oft so getan, als gäbe es nur ein entweder oder. Eine funktionierende Wirtschaft oder eine sozia-



Cartoon © Leopold Maurer

le Wohnungspolitik, stabile und auskömmliche Renten oder eine gut ausgestattete Bundeswehr. Solange die Politik nur auf die Ausgaben schaut, wird dies so bleiben. Es ist aus unserer Sicht aber auch auf die Einnahmen zu schauen. In Zeiten, in denen wenige Reiche immer reicher werden ist es mehr als legitim, eine gerechtere Besteuerung hoher Einkommen zu fordern.

Zur Europawahl und den letzten Landtagswahlen hat die Diakonie den „Sozial-O-Mat“ angeboten. Eine unparteiische Wahlentscheidungshilfe die sozialpolitische Positionen der Parteien in den Blick nimmt und hilft diese zu vergleichen. Wir hoffen, dass trotz der kurzen Zeit bis zur Wahl dieses Instrument auch für die Bundestagswahl zur Verfügung steht. Wir müssen uns gemeinsam stark machen: Für uns mit guten Tarifverträgen, für andere in unseren Berufen, für die Gesellschaft mit einem funktionierenden, gerechten Sozialstaat.



United4Rescue unterstützt als Verein die zivile Seenotrettung im Mittelmeer. Schon vier Rettungsschiffe konnten mit Spendengeldern eingesetzt und damit Tausende Menschenleben gerettet werden. Als breites Bündnis hunderter Organisationen eint United4Rescue die Überzeugung, dass man keine Menschen ertrinken lässt. Das Bündnis setzt sich öffentlich für Seenotrettung

und sichere Fluchtwege ein und vertritt vier Forderungen.

I. Pflicht zur Seenotrettung

Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht verhandelbar. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen dies auf dem Mittelmeer gewährleisten.

II. Keine Kriminalisierung

Die zivile Seenotrettung darf nicht län-

ger kriminalisiert oder behindert werden.

III. Faire Asylverfahren

Bootsflüchtlinge müssen an einen sicheren Ort mit Zugang zu einem fairen Asylverfahren gebracht werden. Dazu haben sich die europäischen Staaten verpflichtet. Das Non-Refoulement-Gebot ist zwingendes Völkerrecht: Menschen dürfen nicht zurück in Länder gebracht werden, wo ihnen Gefahr droht und sie rechtlos sind.

IV. Sichere Häfen ermöglichen

Städte und Kommunen, die zusätzliche Schutzsuchende aufnehmen möchten, sollen diese Möglichkeit erhalten.

Weitere Infos und Unterstützungsmöglichkeiten auf der Webseite united4rescue.org - **Stark für Rettung**

Stark für PFLEGEnde

Die Onlinepetition „Mach dich stark für Pflege“

Jetzt muss es schneller gehen: die vorgezogene Bundestagswahl erfordert zügiges Handeln. Ursprünglich sollte die Petition „Mach dich stark für Pflege“ am 12. Mai, dem jährlich stattfindenden Tag der Pflege an die Politik übergeben werden. Jedoch wird im Mai möglicherweise schon eine neue Bundesregierung bestehen. Die Diakonie Deutschland hat viele Mitstreitende zusammengebracht und gemeinsam mit u.a. dem AWO Bundesverband, dem Paritätischen Gesamtverband, dem deutschen Gewerkschaftsbund DGB und anderen als Mitinitiator*innen eine Petition gestartet. Darin heißt es leicht gekürzt:

„Die Pflege steht an einem politischen Scheidepunkt: Die Bundestagswahl 2025 eröffnet die Chance zu einer nachhaltigen Sicherung der Pflege. Deshalb fordern wir die demokratischen Parteien auf, eine umfassende Pflegereform zu einem der zentralen Vorhaben in ihren Wahlprogrammen zu machen – und in der nächsten Bundesregierung ernsthaft umzusetzen.“

Unsere Forderungen:

1. Pflegende Angehörige absichern:

Pflegende Angehörige müssen wirtschaftlich, auch im Rentenalter, besser abgesichert werden, beispielsweise durch eine Lohnersatzleistung oder zusätzliche Rentenpunkte.

2. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen unterstützen:

Der Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung muss übersichtlicher und einfacher werden.

3. Finanzierung sichern:

Alle Menschen müssen sich gute Pflege, beispielsweise durch eine Pflege-Vollversicherung, leisten und dafür berechenbare Eigenvorsorge treffen können.

Warum ist das wichtig?

Pflege ist nicht nur Versorgung, sie ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben – sei es im Alter oder bei Krankheit. Sie entlastet pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige. Unser aktuelles Pflegesystem ist jedoch veraltet und kann den wachsenden Herausforderungen nicht gerecht werden. Eine umfassende Reform ist dringend notwendig

und wird allen zugutekommen: Den Menschen von heute, den kommenden Generationen, den pflegenden Angehörigen und den professionellen Pflegekräften.“



Die AGMAV-Wü. unterstützt die Petition und fordert die Mitarbeitenden in der Diakonie dazu auf, die Petition **Mach Dich Stark Für Pflege! | WeAct** zu unterschreiben. Nicht vergessen, den zugemalten Bestätigungslink anzuklicken! Erst dann wird die Stimme gezählt. Lasst uns jetzt aktiv werden. Wir müssen rund um die Bundestagswahl 2025 unsere diakonischen Themen setzen – mischt Euch ein. Stark für die Pflege.

WIR! Die Zeitung für Mitarbeitende in der Diakonie wurde Ihnen überreicht durch Ihre Mitarbeitervertretung

Impressum: WIR! herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV) im Diakonischen Werk Württemberg, v.i.S.d.P.: Frauke Reinert; Bildmaterial auf S. 1 und 2 mit frdl. Genehmigung © ver.di Anschrift: Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart, Fon: 0711 1656 266, Mail: info@agmav-wuerttemberg.de, Homepage: www.agmav-wuerttemberg.de